

# Morddrohungen gegen Hochregal-Gegner

Geplanter Neubau des Bauerngut-Logistikzentrums: Mitglieder von Landschaftsschutz bedroht / Staatsschutz ermittelt

VON RAIMUND CREMERS

**BÜCKEBURG.** Mehrere Mitglieder und Vorstände des Vereins Landschaftsschutz Schaumburg/„Wir lieben Bückeberg“ haben in den vergangenen Tagen schriftliche Morddrohungen erhalten. Drei gingen in den vergangenen Tagen ein, zwei bereits vor einiger Zeit noch gegen alte Vorstandsmitglieder. Der Verein beziehungsweise die betroffenen Mitglieder stellten Strafanzeige. Die Staatsanwaltschaft Bückeberg und der Staatsschutz der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ermitteln in Strafverfahren wegen Bedrohung und Beleidigung. Bereits im Mai dieses Jahres hatte es eine Bedro-

hung gegen eine Ratsfrau der Bückeberge Grünen gegeben (wir berichteten). Der Verein Landschaftsschutz will den Neubau eines Logistikzentrums des Fleischproduzenten Bauerngut in unmittelbarer Nähe des Produktionsstandortes am Hasengarten in Bückeberg verhindern, eine Fläche, die in einem Landschaftsschutzgebiet liegt.

In zwei Pressemitteilungen hatte der Vorstand des kürzlich aus Landschaftsschutz Schaumburg und der Initiative „Wir lieben Bückeberg“ fusionierten Vereins die Öffentlichkeit über die schriftlichen Morddrohungen informiert. Eine Drohung ging danach bereits am 19. Oktober ein und richtete sich außer gegen ein

Mitglied des Vereins auch gegen dessen Familie. Weitere Drohungen folgten dann am 3. November. Der Verein Landschaftsschutz Schaumburg in der Mitteilung, ohne auf weitere Details einzugehen: „Es besteht auch hier ein direkter Zusammenhang mit den Bemühungen des Vereins, den Neubau des Logistikzentrums im Landschaftsschutzgebiet Bückeberg West/Sandfurth zu verhindern.“ Zu einer weiteren Stellungnahme war der Verein nicht bereit.

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg bestätigte auf Anfrage unserer Zeitung, dass entsprechende Anzeigen eingegangen und entsprechende Strafverfahren gegen unbekannt eingeleitet worden

seien. Aus ermittlungstaktischen Gründen würden zum Inhalt momentan keine Angaben gemacht, erklärte die Pressesprecherin Andrea Kempin. Formulierungen würden Interpretationsspielraum zulassen, der Staatsschutz stehe in engem Austausch mit dem beziehungsweise den Anzeigenerstattem und stehe diesen in beratender Funktion als Ansprechpartner zur Seite.

Das Strafverfahren sei vom Staatsschutz der Polizeiinspektion übernommen worden, da Tatzusammenhänge mit einer in der Vergangenheit bearbeiteten Straftat zum Nachteil von Amts-/Mandatsträgern geprüft würden, hieß es weiter. Dieses Ermittlungsverfahren ist mittlerweile an die Staatsanwalt-

schaft Bückeberg übergeben worden.

Wie berichtet hatte die Grünen-Ratsfrau Cornelia Laasch Anfang Mai einen Drohbrief in ihrem Briefkasten gefunden und umgehend Strafanzeige gestellt. Auch die Bückeberger Grünen lehnen den Neubau eines Hochregallagers im Landschaftsschutzgebiet ab.

Die Staatsanwaltschaft Bückeberg erklärte auf Nachfrage zum Stand der Dinge beim Ermittlungsverfahren um die Bedrohung gegen die Ratsfrau, dass nach eingehender Prüfung die Straftatbestände wie Bedrohung oder Beleidigung nicht erfüllt worden seien, so persönlich belastend die in dem Brief getroffenen Aussagen für die Betroffene auch seien.

### **Kommentar:**

Dieser Artikel erschien heute nach unserer Pressemitteilung vom 03.11.21 in der Schaumburger Zeitung/Schaumburg-Lippischer Landeszeitung **erst nach erneuter Aufforderung an den Chefredakteur** durch unseren Vorstand. Die berichteten Tatsachen entsprechen dem uns bekannten Ablauf.

Die Einstellung des Verfahrens gegen mögliche Beschuldigte im Fall der Ratsfrau Cornelia Laasch /(Die Grünen) mag zwar nach juristischen Kriterien einwandfrei sein. Es liest sich gleichwohl wie eine Einladung an Nachahmer, das straffrei zu wiederholen.

Das ist **auch** eine Konsequenz der bisherigen Berichterstattung der lokalen Presse über uns. Da dominierte **Mißachtung** unserer legitimen Argumente und **Verfechtung der Konzerninteressen von Edeka/Bauerngut**. Damit wurde ein feindseliges Klima geschaffen, das dem Täter/den Tätern offenbar erleichtert hat, diese Aktionen zu starten, um unter den Gegnern des Logistikzentrums im Landschaftsschutzgebiet ein Klima der Angst zu erzeugen.

Leider ist das ohnehin eine unter anderem in den sozialen Netzwerken verbreitete Seuche, **die nur durch konsequente polizeiliche Verfolgung gestoppt werden kann**. Wir setzen auf Ermittlungserfolge von Polizei und Staatsanwaltschaft!